

Vier Gründe dafür, sich in AFG einzusetzen

Vier Mißverständnisse über das Engagement in AFG

Vier Perspektiven für das Engagement in AFG

Tom Koenigs, 17.05.2010

A. Warum ist Deutschland in AFG engagiert?

Es gibt vor allem vier Gründe, die in den verschiedenen Abschnitten des AFG-Einsatzes unterschiedlich stark betont werden und von der Bundesregierung mit unterschiedlicher Intensität vorgebracht werden. Sie sind aber zu jedem Zeitpunkt relevant gewesen und bleiben das auch.

1. Nach dem Angriff von Al Qaida auf die USA hat die NATO den Bündnisfall, Deutschland die bedingungslose Solidarität mit den Vereinigten Staaten erklärt. Ein Ausbrechen aus dieser Solidarität und eine deutsche Weigerung, nach dem UN-Mandat für ISAF diese Mission auch mit Truppen zu unterstützen, hätte den deutschen Einfluß in der NATO nicht nur auf Null reduziert, sondern auch zu einer schweren Belastung des Bündnisses und besonders der Beziehungen zu den USA, die die militärische Hauptlast in AFG tragen, geführt:

Wer eine mulilaterale Aussen- und Sicherheitspolitik will, kann sich dem Afghanistan-Einsatz nicht entziehen.

2. Ohne das Hinterland, das die Taliban in AFG Al Qaida gewährt haben, wären die Anschläge von 9/11 nicht möglich gewesen. Sie konnten vorbereitet, geplant und geübt werden, weil die Führung von Al Qaida in AFG ein sicheres Aufmarsch- und Rückzugsgebiet hatte. Um weitere Anschläge zu verhindern, mußte die Internationale Gemeinschaft gegen das Taliban-Regime vorgehen. Die Wurzeln fast aller in Europa verübten oder in letzter Minute vereitelten Terror-Anschläge der vergangenen Jahre liegen in der umkämpften Taliban-Region. Insofern (und nur insofern) kämpft ISAF am Hindukusch auch für die Deutsche Sicherheit.

Die internationale Gemeinschaft darf es nicht zulassen, dass international operierende Terror-Netzwerke irgendwo ein sicheres Operationsgebiet finden.

3. Die Afghanen waren 30 Jahre lang Opfer von Bürgerkriegen und Kriegen an der Front des sogenannten Kalten Krieges. Die Modernisierer, Demokraten, Menschenrechtsaktivisten, Frauen und die arme Bevölkerung insgesamt haben jahrzehntelang gelitten. Im Jahr 2001 haben wir ihnen Unterstützung versprochen, haben versprochen, einen Rechtsstaat mit Sicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten aufzubauen und dieses fünft-ärmste Land der Welt wirtschaftlich zu unterstützen. Nachdem die internationale Gemeinschaft Afghanistan nach Ende des Kalten Krieges schon einmal alleingelassen hat, können wir das jetzt nicht wiederholen. Der Abzug der Truppen würde AFG in dieselben Konflikte und Massaker zurückwerfen, die die Afghanen zwischen 1989 und 2001 schon mehrfach erlebt haben. Wir müssen die Zivil-Bevölkerung, die Demokraten, die Menschenrechtsaktivisten, die Frauenrechtlerinnen und die liberalen Muslime in Afghanistan unterstützen. Es gibt keine Sicherheit in Afghanistan ohne Menschenrechte.

4. Afghanistan liegt im Spannungsfeld einer unruhigen Nachbarschaft, der Konflikt zwischen Indien und Pakistan (beide Atommächte) strahlt auf Afghanistan ab, die Einflußsphären von China und Russland (v.a. über Uzbekistan) überschneiden sich in Afghanistan. Die islamistischen Bewegungen von Pakistan, Tadschikistan, Uzbekistan destabilisieren AFG und seine Nachbarn. Irans Streben nach Atomwaffen bedroht das

prekäre Gleichgewicht in der Region, obwohl Iran in Zentralasien (noch) eher ein stabilisierender als ein destabilisierender Faktor ist. Die internationale Politik muß das Abrutschen der Region ins Chaos verhindern. Dazu ist vor allem Diplomatie und zivile Hilfe für die ganze Region (v.a. Nord-Pakistan) nötig.

B. Frequently Asked Questions - Gängige Mißverständnisse

1. Abzugstermin

Deutschland ist nur einer von 44 Truppenstellern und hat z.Zt. einen Anteil von 4,1% an den in AFG stationierten internationalen Soldaten, die USA etwa 85%. Wenn also Obama sagt, der Abzug wird 2011 beginnen, dann wird auch der deutsche Abzug 2011 beginnen. Bis 2015 werden die USA den Großteil ihrer Truppen abgezogen haben, denn Obama wird vor Ende seiner Amtszeit den Krieg in AFG für beendet erklären. Dann werden auch die Deutschen Truppen abziehen. Es gibt in dieser Frage keinen nennenswerten Gestaltungsspielraum der deutschen Politik.

2. Offensiv-Defensiv

Alle UN-Mandate nach Srebrenica waren "robuste" Mandate, d.h. es waren auch militärisch offensive Operationen möglich. Das Bundeswehrmandat war nicht darauf beschränkt, nur zurückzuschossen. No-Go Areas, Taliban-Enklaven oder Terroristen-Nester durfte die Bundeswehr immer angreifen oder den Widerstand brechen, doch aus politischem Kalkül hat man auf diese Option zu lange verzichtet. Wenn sie das systematisch von Beginn an getan hätten -- und dem militärischem Engagement ein durchdachtes und ausreichend finanziertes ziviles Aufbauprogramm beiseite gestellt gewesen wäre --, gäbe es jetzt keinen Krieg in Nordafghanistan. Den gibt es allerdings auch nur in 8 von 123 Provinzen im Norden. Dort müssen, dürfen und werden die Bundeswehr -- und nun auch amerikanischen Soldaten -- gegen die Taliban vorgehen, bevor sie sich weiter festsetzen. Das dient letztlich dem Schutz der Bevölkerung. Der ist das oberste Einsatzziel, nicht das Erschießen von möglichst vielen Taliban. Deshalb hat es für General McChrystal auch eine so hohe Priorität, zivile Verluste zu vermeiden. Den Aufständischen Rückzugsgebiete zu gewähren, weil man nicht offensiv vorgehen will, ist jedenfalls nicht unbedingt die beste Strategie, um das Leid der Zivilbevölkerung zu minimieren.

3. Partnering

... ist nichts Neues. Es bedeutet nicht mehr, als Einsatz zusammen mit afghanischen Militärs. Den hat es mit afghanischen Polizisten schon immer gegeben. Wie das Partnering läuft, Mann neben Mann (wie bei den Amerikanern mit den Afghanen) oder Einheit neben Einheit (wie bisher noch bei den Deutschen) oder irgendetwas dazwischen, kommt auf die jeweilige Lage und die Vorbereitung an. Gegenwärtig werden von dem Deutschen keine integrierten deutsch-afghanischen Einheiten im Norden gebildet. Das Konzept des Partnerings würde das aber ermöglichen. Dem Ausbildungsauftrag entspricht eher das US-amerikanische Modell. Die Bundeswehr sollte die Kompetenz entwickeln, auch die afghanischen Polizisten im Feld zu begleiten und auszubilden -- die Bundespolizei darf nicht in bürgerkriegsähnlichen Situationen eingesetzt werden, auch nicht zu Ausbildungszwecken.

4. Counter-Insurgency

... ist ein belasteter Begriff. Dennoch gibt es keinen dem irregulären bewaffneten internen Konflikt angemesseneren. Die Amerikaner haben 2006 ein Handbuch der Counterinsurgency entwickelt. Das ist öffentlich, und da steht alles über ihre Strategie drin. Deutschland hat keine für die gegenwärtige Situation entwickelten Handbücher entwickelt. Das hemmt. Dennoch ist auch der deutsche Einsatz einer, der der Aufstandsbekämpfung dient, der den Aufständischen entgegentritt und von ihnen beherrschte Gebiete wieder unter die Kontrolle des legalen Staates zurückbringen soll. Die Deutschen müssen hier operativ, taktisch und strategisch noch viel aufholen, weil die meisten Einsätze zukünftig Counter-Insurgency - Operationen sein werden und keine

symmetrischen Konflikte. Wer Staatsaufbau will, muss auch auf die Aufstandsbekämpfung vorbereitet sein.

c. Perspektiven

1. Die Sicherheitsstrategie muß auf Stabilisierung der Region abzielen. Afghanistan kann nicht allein betrachtet werden. Zu drohend ist die Destabilisierung von Pakistan (Atommacht), zu groß die Explosivität Irans, zu instabil sind die nördlichen Nachbarn Afghanistan, zu heiß der Konflikt zwischen Pakistan und Indien, zu scharf der Konflikt der aufsteigenden Nationen China, Indien und Iran Europa muß zu einer einheitlichen und mit den USA, Russland und China abgestimmten Politik gegenüber der Region kommen. Nicht nur hinsichtlich des Ziel muss man sich einig sein, auch im Einsatz der Mittel: Afghanistan braucht eine einheitliche und schlüssig Stabilisierungsstrategie.

2. Die Afghanen können langfristig ihre Sicherheit nur selbst gewährleisten. Diese Aussage ist trivial, hat aber keineswegs triviale Folgen: Der Ressourceneinsatz für Ausbildung, Capacity-Building, In-die-Lage-versetzen, Empowerment der Afghanen muss entsprechend dieses Ziel ausgerichtet werden. Dabei dürfen wir uns nicht nur auf die Sicherheitskräfte beschränken. Wir müssen die demokratischen Eliten fördern und die Bildung der ganzen Bevölkerung heben. Gerade dieses zivile Empowerment ist die Anforderung, die die Afghanen insbesondere an Deutschland haben.

3. Die Konflikte der Region werden nicht militärisch sondern letztendlich politisch gelöst. Deshalb muß verhandelt werden, außenpolitisch mit Iran und Pakistan, innenpolitisch mit den Taliban. Dazu sollte der Sicherheitsrat die entsprechenden Mandate erteilen und die nötigen Freiräume sichern. Die Verhandlungen mit den Taliban muss die afghanische Regierung selbst führen. Sie bedarf aber dazu der Unterstützung des Sicherheitsrates der UN, der internationalen Gemeinschaft (UNAMA und ISAF) und von Pakistan und Iran.

4. Der multilaterale Ansatz zur Lösung des Afghanistan-Konflikts muß ausgebaut werden: gegenüber Pakistan und Iran bedarf es einer gemeinsamer Politik. Europa muß mit einer Stimme sprechen, die NATO darf sich an den Problemen nicht zerlegen sondern muß zusammenhalten. Deutschland muß mehr Energie und Initiative auf die multilateralen Institutionen verwenden.